V-2 Alle Dörfer bleiben – weltweit! Für eine Klimapolitik der Gerechtigkeit

Antragsteller*in:	Kathrin Henneberger (KV Heinsberg)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Jeden Tag müssen die Menschen, die am Tagebau wohnen, erleben, wie ihnen ihr Zuhause genommen wird. Mit Kettensägen werden Alleen und Wälder gefällt, mit Baggern Kirchen und Häuser niedergerisse. Straßen werden zerstört, die die Dörfer seit Generationen vernetzen. Jeden Tag hören die Anwohnenden das laute Knirschen und Dröhnen der großen Kohlebagger, die ohne innezuhalten auf ihre Dörfer zusteuern. Im letzten Sommer wurde die Landstraße L277 zerstört und im Herbst sowie erst vor wenigen Wochen ein Teil des Dorfes Lützerath. Eines konnte der Kohlekonzern RWE aber noch nicht zerstören: Den Mut der hier lebenden Menschen, die sich jeden Tag dafür engagieren, dass Dörfer, Wälder und Felder bleiben. Den Menschen hier geht es dabei nicht nur um ihr Zuhause: Unter den Dörfern am Tagebau Garzweiler alleine sind noch 600 Millionen Tonnen Braunkohle, die nach dem Willen von RWE verfeuert werden sollen. Wollen wir die Klimakrise aufhalten und unseren internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) nachkommen, muss der Kohleausstieg schneller umgesetzt werden als derzeit von der Bundesregierung geplant.

Lokal Verantwortung übernehmen angesichts der Klimakrise

Das rheinische Braunkohlerevier mit all seinen Tagebauen und Kohlekraftwerken ist immer noch einer der zentralen Orte, die über unser aller Zukunft entscheiden. Jeden Tag übernehmen Menschen, die an den Tagebauen für die Stilllegung dieser streiten, da Verantwortung, wo die Politik derzeit versagt: Sie übernehmen Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft und stehen in Solidarität mit den Menschen, die bereits jetzt aufgrund der Klimakrise in anderen Regionen der Welt ihre Existenz verlieren.

Dem entgegen steht eine Landesregierung unter Armin Laschet und eine Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Altmaier, die nur den kurzfristigen Profitinteressen fossiler Konzerne dienen und nicht dem Wohlergehen der Menschen. Das Bundeswirtschaftsministerium verheimlichte ein Gutachten, das belegt, dass die Dörfer am Tagebau Garzweiler nicht mehr für den Kohleabbau zerstört werden müssen. Das Parlament und die Bevölkerung wurden mit dem Zurückhalten dieses Gutachtens getäuscht. Der Bundestag hat bei der Abstimmung über das sogenannte Kohlegesetz auf Grundlage falscher und unvollständiger Informationen weitreichende Entscheidungen getroffen. Als B90/ Die Grünen NRW kritisieren wir dies als zutiefst undemokratisch.

Es ist schon längst klar, dass die Braunkohle unter den Dörfern nicht für die Energieversorgung benötigt wird. Die Grünen NRW stehen solidarisch an der Seite der Menschen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler 2. Neben einem Moratorium für Umsiedlungsvorbereitungen fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Leitentscheidung schnellstmöglich an die energiepolitische Realität anzupassen und die bedrohten Dörfer rechtssicher zu erhalten. Statt weiter Fakten zu schaffen, braucht es Zeit für politische Verhandlungen und ausstehende

Gerichtsprozesse sowie einen schnellen, nachhaltigen und sozial gerechten Strukturwandel, der den Menschen in der Region eine sichere Perspektive gibt.

Global einstehen für eine lebenswerte Zukunft & europäische Klimapolitik umsetzen

Politische Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten müssen sich endlich am Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) und dem Ziel, die globale Erhitzung der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad zu beschränken, ausrichten.

Die energiewirtschaftlichen und -politischen Rahmenbedingungen haben sich seit Beschluss der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) grundlegend geändert. Ein Weiter so ist deshalb undenkbar: Für die Betroffenen in den Dörfern und für das Allgemeinwohl. Spätestens mit dem neuen EU-Klimagesetz und dem neuen EU-Klimaziel für 2030 ist der Kohleausstieg 2038 nicht mehr haltbar. Das bedeutet für das Land NRW den Kohleausstieg auf spätestens 2030 vorzuziehen. Wenn die Landesregierung am veralteten Ausstiegspfad festhält, riskiert sie nicht nur den sozialen Frieden, sondern stellt sich damit auch gegen das Übereinkommen von Paris und der Klimapolitik der Europäische Union. Wir brauchen ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs in NRW, um Planungssicherheit für die betroffenen Regionen zu gewährleisten und Strukturwandelmaßnahmen frühzeitig umzusetzen.

Als B90/ Die Grünen NRW stehen wir ein für eine klimagerechte Politik, die sich nach dem Wohlergehen der Bevölkerung richtet. Für eine ökologisch und sozial gerechte Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die niemanden zurücklässt und eine Zukunft für unsere Kinder ohne Klimakatastrophe ermöglicht.

(Dieser Antrag wurde gemeinsam geschrieben von Menschen, die in der vom Tagebau Garzweiler betroffenen Region leben.)

Unterstützer*innen

Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Dignanllely Meurer (OV Erkelenz/KV Heinsberg); Katharina Voller (KV Rhein-Kreis-Neuss); Christina Schliesky (KV Mönchengladbach); Stefan Krischer (KV Aachen); Simon Rock (KV Rhein-Kreis Neuss); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Ulrich Laubach (KV Mönchengladbach); Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Markus Sami Rizkalla (KV Rhein-Kreis-Neuss); Anita Hoffmann (KV Mönchengladbach); Reinhold Giesen (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Heinz-J. Kremers (KV Mönchengladbach); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Ralf Lexen (KV Mönchengladbach); Micaela Popov (KV Mönchengladbach); Lutz Schippers (KV Mönchengladbach); Thomas R. Diehl (KV Mönchengladbach); Bernd Meisterling-Riecks (KV Mönchengladbach); J Christoph Stolzenberger (J); Petra Kanters (Grüne Erkelenz); Tim Lösbrock (KV Mönchengladbach); Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Edward Freitag (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis Neuss); Gunnar Dykstra (KV Rhein-Kreis-Neuss); Michael Küpper (KV Rhein-Kreis-Neuss); Marianne Michael-Fränzel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Erhard Demmer (KV Rhein-Kreis Neuss); Hans Christian Markert (KV Rhein-Kreis Neuss); Peter Gehrmann (KV Rhein-Kreis-Neuss); Norbert Wrobel (OV Rommerskirhen / RKN); Frederik Paul Antary (KV Bochum); Christa Neef-Niedermeier (Grüne Grevenbroich); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Inga Heinrichs (KV Heinsberg); Angela Gunkel (KV Mönchengladbach); Birgit Wollbold (KV Rhein-Kreis-Neuss); Peter Kaul (KV Heinsberg); Anita Parker (KV Mönchengladbach); Die Dieter Rink (R); Rudolf Flieger (KV Mönchengladbach); Diana Gröschel (KV Mönchengladbach); Brigitte Giesen (KV

Mönchengladbach); Ulla Schmitz (KV Mönchengladbach); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Dr. Stephan Fegers (KV Mönchengladbach); Nikolas Uerlings (KV Rhein-Kreis-Neuss); Christian Gaumitz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Kerstin Wilke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Hernández López (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia Bacmeister (KV Rhein-Berg); Martin Wirtz (KV Mönchengladbach); Katrin Lögering (KV Dortmund); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Philippe Bergmann (Kvoberberg)